

lich schwierig, aber vielleicht sollten die Amerikaner Verständnis dafür aufbringen, daß wir uns in einem Wahlkampf befinden.

Adenauer: Es können Indiskretionen vorkommen. Warten Sie die Indiskretionen doch ab! (*Heiterkeit.*)

Von Lojewski: Sie würden solche Indiskretionen nicht bedauern?

Adenauer: Morgen abend kommt Herr Blankenhorn aus Washington zurück. Dann kann man der Presse mehr geben als jetzt. Im übrigen ist diese Note so ausführlich und so gut, Herr Lojewski, daß wir sofort eine Artikelserie haben. (*Von Lojewski:* Ich könnte also sagen, daß morgen Herr Blankenhorn zurückkommt?) Ja, das können Sie, aber nur, daß er zurückkommt, weiter nichts, sonst habe ich die ganze Presse auf der Bühler Höhe. Warten Sie ab. Herr Blankenhorn und Herr Hallstein kommen mit genügend Material nach Bonn zurück.¹³⁸ Damit wollen wir schließen. Ich danke Ihnen allen.

138 Zur Reise Blankenhorns vgl. ADENAUER: *Erinnerungen* 2 S. 226f. (vgl. oben Anm. 4). Hallstein unterrichtete am 15. Juli die Presse (vgl. CDP Nr. 135 vom 15. Juli 1953).

25

Bonn, 31. Juli 1953

Vorgesehene Tagesordnung: Besprechung der Sitzung des Parteiausschusses. Kandidatenaufstellung (Landesliste). Verschiedenes.

Beginn: 9.30 Uhr

Ende: 11.00 Uhr

Lenz-Tagebuch

Adenauer fängt sofort an, gegen den DGB anzugehen, dessen gestrige Erklärung ein eindeutiges Eingreifen zugunsten der SPD bedeute.¹ Bundeskanzler meint, daß es kein Staat dulden könne, daß eine solche Organisation mit totalitärer Tendenz sich in solcher Weise gegen die Regierung wende und den Staat unterminiere.

¹ Besonderen Anstoß erregte der Absatz: „Wer Frieden und Fortschritt, Freiheit und Einheit will, wer nicht will, daß wieder Gewaltherrschaft und Krieg, Terror und Bombennächte über uns kommen, der muß durch Abgabe seiner Stimme zur Wahl eines besseren Bundestages die Kräfte auszuschließen helfen, die das deutsche Volk zum zweitenmal ins Unglück stürzen wollen“ (zit. nach FAZ vom 1. August 1953).

Er verliert dann die Erklärung des FDP-Bundesvorstandes², der sich für die Fortsetzung des bisherigen Kurses einsetzt. Sie [!] erklärt, daß sie keine Koalition mit der SPD beabsichtige. Bundeskanzler meint, damit sei die Lage klar.

Albers polemisiert gegen die FDP und gegen Euler.

Adenauer unterbricht ihn und sagt, es handle sich hier um die große Linie.

Albers erklärt, daß die katholische Arbeiterschaft nun nicht mehr mitmache, sie werde sich schärfstens gegen den DGB wenden. Die Grenze sei überschritten.

Kather kommt auf seine Auseinandersetzung mit Seebohm zu sprechen³ und wird vom *Bundeskanzler* scharf angenommen: „Es wäre besser, wenn Sie nicht immer so stur auf Ihrer Meinung beständen.“

Tillmanns ist für einen Brief an Freitag mit der offenen Frage, ob mit dem letzten Absatz die Koalitionsparteien gemeint seien.

Adenauer kommt dann auf die neuesten Erklärungen von Ollenhauer zur Außenpolitik zu sprechen⁴. Bundeskanzler meint, man müsse die SPD zu einer klaren Stellungnahme zwingen, ob sie Neutralisierung wünsche oder nicht.

Tillmanns macht schwachsinnige Unterscheidungen zwischen Neutralisierung und Neutralität, die keiner versteht.

Adenauer erklärt, auf der Washingtoner Konferenz habe keiner eine Viererkonferenz gewünscht. Deshalb habe er Blankenhorn mit einem Brief nach Washington geschickt. Seine Ankunft habe keine Begeisterung erweckt. Bidault wäre sehr erregt gewesen. Dulles habe aber dann doch seinen Brief zur Kenntnis gebracht und habe die Viererkonferenz beschlossen.⁵

Er kommt dann auf seine Sicherheitsgarantie durch die EVG zu sprechen.⁶ Die Kabinette der drei Westmächte hätten seine Vorschläge zunächst nicht begriffen, langsam hätten sie aber verstanden, was damit gemeint sei.

Der Parteivorstand beschloß aufgrund der Ausführungen Ollenhauers vor SPD-Parteivorstand und -ausschuß, die folgenden vier Fragen an Ollenhauer und die SPD zu richten⁷:

1. Glaubt die SPD, zur Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit ohne Zusammengehen mit den demokratischen Kräften der freien Welt kommen zu können?

2 Vom 30. Juli 1953 – Druck: UiD vom 5. August 1953.

3 Zu den Auseinandersetzungen, die sich am Mandat Kathers als Aufsichtsratsvorsitzenden der Lastenausgleichsbank entzündeten, vgl. KATHER 1 S. 267-271 sowie NL Kather ACDP I-377-009/5.

4 Wortlaut in AdG 1953 S. 4097.

5 Die Außenministerkonferenz der drei Westmächte hatte vom 10.-14. Juli 1953 in Washington stattgefunden. Wortlaut des Briefes und Reaktionen in ADENAUER: Erinnerungen 2 S. 224-228; vgl. auch BLANKENHORN S. 160-162.

6 ADENAUER: Erinnerungen 1 S. 530-550; 2 S. 163-194.

7 Zit. nach UiD vom 5. August 1953; vgl. auch CDP vom 31. Juli; FAZ vom 3. August 1953. – Vgl. Anm. 4.

2. Welche anderen Möglichkeiten sieht die SPD für das Zusammengehen mit dem Westen außer der von der Bundesregierung gewählten Zusammenarbeit, wie sie durch die Montanunion und die Verteidigungsgemeinschaft bereits verwirklicht worden ist?
3. Glaubt die SPD, daß die Sowjets überhaupt jemals zur Einsicht gebracht werden können, wenn man Viermächte-Verhandlungen und Wiedervereinigung fordert, ohne daß hinter dieser Forderung eine eindrucksvolle weltpolitische Position der Bundesrepublik steht, wie sie durch die Politik der Bundesregierung geschaffen wurde?
4. Ist die SPD der Auffassung, daß Deutschland weder mit der Sowjetunion noch mit den Mächten des freien Westens zusammengehen soll?

Das deutsche Volk hat Anspruch auf eine baldige Antwort auf diese Fragen, die eindeutig und ohne Umschweife ist.